

sol i aktuell



Dual oder schmal

EQR: Die DGB-Jugend warnt vor Verfall der Ausbildung auf europäischem Niveau.

Er soll ein Instrument zur Förderung des lebenslangen Lernens sein: Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) regelt die allgemeine Bildung, die Erwachsenenbildung, die berufliche Aus- und Weiterbildung und die Hochschulbildung neu.

Die EU-Parlamentarier haben dem Vorschlag der EU-Kommission über die Einrichtung des EQR im Oktober 2007 zugestimmt. Und am 15. November 2007 nun auch die EU-BildungsministerInnen.

Der EQR sieht acht Niveaus vor, die sämtliche Qualifikationen abdecken sollen: vom Abschluss der Pflichtschule bis hin zu Qualifikationen der akademischen oder beruflichen Aus- und Weiterbildung. Der EQR soll die nationalen Qualifikationssysteme verknüpfen und ihre Transparenz erhöhen, um die Qualifikationen der Bürger aus der ganzen EU vergleichbarer zu machen und interkulturelles Lernen (Erwerb von Teilen der jeweiligen Ausbildung im Ausland) zu ermöglichen. Statt der bisherigen »Input-Sichtweise« (Was wurde gelernt), bedeutet



Neu aufgelegt und topaktuell: Die erfolgreiche Broschüre der DGB-Jugend mit allen News rund um Kind und Ausbildung. Jetzt zu bestellen auf www.dgb-jugend.de, »Stichwort Broschüren«

der EQR eine Verschiebung des Schwerpunktes auf die Lernergebnisse (»Outcome«).

Die Empfehlung sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihre nationalen Qualifikationssysteme bis 2010 an den EQR koppeln und dass individuelle Zeugnisse und Diplome ab 2012 einen entsprechenden Verweis des jeweiligen international anerkannten Kompetenz-Niveaus tragen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht verbinden sich mit der Einführung gemeinsamer Instrumente für einen europäischen Bildungsraum die folgenden Ziele: gesellschaftliche Verantwortung für Bildungszugang und Bildungsinhalte, Transparenz und Durchlässigkeit des Bildungssystems, Zugang von Arbeitnehmern zu qualifizierter beruflicher Bildung, Stärkung der Rechte von Arbeitnehmern und ihrer Interessenvertretung, der Gewerkschaften, und der Ausbau der beruflichen Qualifizierung.

INHALT

3 projekte

Qualität der Ausbildung: DGB-Jugend informiert Politiker
Weißer Masken über Brüssel: Generation P stellt die europaweite Praktika-Petition vor

5 thema

Gute Jugend, schlechte Arbeit: Die neue Studie der DGB-Jugend

6 jav-ratgeber

Frist-Frust – bis zur Rente? Prekäre Beschäftigung nach der Ausbildung

7 internationales

Das Programm steht: Ausbildungs-garantie in Österreich
Solidarität leben: ESF in Malmö

Dass es nur um die Kompetenzen und nicht um den Weg dahin geht, könnte indes zum Problem werden. Nach Auffassung der DGB-Jugend ist der Vorschlag der EU-Kommission nicht hinreichend darauf ausgerichtet, diese Zielsetzungen zu verwirklichen: »Es besteht die Gefahr, dass es bei der Einordnung in die verschiedenen Stufen in erster Linie darum geht, Abschlüsse anzurechnen und einzuordnen – und weniger darum, Kompetenzniveaus zu beschreiben«, erklärt Marco Frank vom Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand. Die hochwertige duale Ausbildung in Deutschland könne jedoch durchaus mit einem entsprechenden Bachelor-Abschluss in einem europäischen Nachbarland auf der Grundlage der beruflichen Handlungskompetenz gleichgesetzt werden.

Ein weiterer Punkt ist die Wahrung der Beruflichkeit. Der EQR dürfe nicht dazu führen, dass über international festgelegte Standards schmalspurbildungsorientierte Normen durch die Hintertür eingeführt würden. »Wir befürchten, dass in erster Linie unmittelbar für die Wirtschaft verwertbare Fähigkeiten anerkannt werden, aber keine klassischen »Bildungskompetenzen« wie etwa »Kritisches Denken«, sagt Frank. [5]

Mehr zu gewerkschaftlichen Positionen in Sachen EQR: www.dgb-jugend.de/themen/meldungen/lebenslanges_lernen_wird_genormt

AUSBILDUNG FÜR ALLE

Unterschrift gesucht

Schon unterschrieben? Es eilt: Ein Grundrecht auf Ausbildung ist das Ziel einer Petition an den Bundestag, die von der DGB-Jugend unterstützt wird. [5]

www.ausbildung-fuer-alle.de



Anfangserfolg



R. Rudolf

Praktika ■ Die DGB-Jugend hat zusammen mit fairwork e.V. und anderen Initiativen Anfang 2007 zwei Petitionen eingereicht, die zusammen 100.000 Unterzeichner hatten. So will die DGB-Jugend faire Bedingungen für Praktika erreichen. Jetzt hat der Petitionsausschuss beraten und wird das Anliegen an das Ministerium für Arbeit und Soziales weiterleiten. DGB-Bundesjugendsekretär **René Rudolf** begrüßte die Empfehlung, sie geht ihm aber nicht weit genug: »Leider hat der Petitionsausschuss dem Ministerium nicht empfohlen, die geforderten drei Monate als Praktikumshöchstdauer festzusetzen, wohl aber eine Höchstdauer. Auch die geforderten 300 Euro wollte der Ausschuss nicht als Mindestvergütung empfehlen. Der Ausschuss nennt hier keine Summe, ab wann ein Praktikum als gerecht entlohnt gilt.« Insofern stelle sich die Frage, wie man so Missbrauch verhindert wolle.

Gute Meinung

Gewerkschaftsfreunde ■ Vier von fünf Deutschen meinen, dass die Gewerkschaften als Interessenvertreter von Beschäftigten auch heute noch gebraucht werden. Das zeigt die November-Umfrage der Illustrierten »stern«.

Den höchsten Wert aller Altersgruppen gibt es bei den 18- bis 29-Jährigen (85%). Und sogar drei Viertel der Selbstständigen möchten Gewerkschaften nicht missen. Selbst drei von vier FDP-Anhängern halten Gewerkschaften für notwendig.

Setzen, sechs!

Pisa neu ■ Guckt mal, schon wieder 'ne Auszeichnung: Aus Anlass der neuesten Ergebnisse der internationalen Schulvergleichsstudie Pisa hat die Bildungsgewerkschaft GEW scharfe Kritik geübt. Die stellvertretende GEW-Vorsitzende **Marianne Demmer**: »Weltspitze bei der doppelten Benachteiligung der jungen Migrantinnen und Migranten zu sein – das sollte den Kultusministern eigentlich die Schamröte ins Gesicht treiben.« Im Fußball hätte man den Trainer bei einem solchen Schnecken-tempo in der Leistungsentwicklung längst entlassen, betonte Demmer unter Hinweis auf die Stagnation in der Lese- und bei der Mathematik-Kompetenz der SchülerInnen.

Mehr Pisa gibt's auf: www.gew.de



M. Demmer

Nimmt zu

Prekäre Beschäftigung ■ Der Anteil der unbefristeten Vollbeschäftigung bei Universitätsabsolventen in der Privatwirtschaft ist laut einer Befragung der HIS Hochschul-Informationen-System GmbH im Vergleich zu 2001 von 56 auf 37% gesunken. Bei Fachhochschulabsolventen sind es laut der Studie statt 72% nun noch 58%.

www.his.de

Studi gewinnt

Gebühren ■ Die Gegner allgemeiner Studiengebühren haben in Hessen erneut einen juristischen Erfolg errungen. Das Verwaltungsgericht Gießen hat im November 2007 angeordnet, dass die Universität Marburg einer Studentin die für das Wintersemester 2007/08 gezahlte Studiengebühr zurückerstatten muss. Zur Begründung verwies das Gericht auf ernstliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des hessischen Studienbeitragsgesetzes.

www.abs-bund.de

Zwangspause

Kindergeld ■ Eltern haben für Kinder, deren Eintritt in den juristischen Vorbereitungsdienst (Referendariat) sich aufgrund einer zu hohen Bewerberzahl verzögert, einen Anspruch auf Kindergeld. In einem solchen Fall ist die Ausbildung nicht beendet, sondern muss lediglich mangels eines Ausbildungsplatzes unterbrochen werden. Das Kind muss sich auch nicht pro forma um den Ausbildungsplatz bewerben, wenn von vornherein feststeht, dass es die Ausbildung zum angestrebten Zeitpunkt nicht beginnen kann.

www.dgb-jugend.de/studium

Schlechte Jugend

EU-Problem ■ Junge Menschen haben von der Verbesserung auf Europas Arbeitsmarkt nach EU-Angaben bisher kaum profitiert. »Mit 17,4% verharrt die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in der EU auf hohem Niveau, und sie hat sich gegenüber der Quote der Erwachsenen im Haupterwerbsalter nicht verbessert«, stellt die EU-Kommission in ihrem Beschäftigungsbericht 2007 fest. Viele EU-Staaten hätten noch große Probleme mit der Eingliederung junger Menschen.

Werden gefördert

Computer-Spiele ■ Qualitativ hochwertige Computerspiele sollen eine öffentliche Förderung erhalten. Das sieht ein Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (Bundestagsdrucksache 16/7116) vor. Damit könnten »Maßstäbe für durch Computerspiele vermittelte Inhalte« gesetzt und auch »Impulse für die Medienkompetenz« geliefert werden.

Geld oder Zigis

Rauchpausen ■ Ob Rauchpausen vergütet werden oder nicht, geht nur Arbeitgeber was an. Das hat das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein (LAG) entschieden. Beim Streit um den Nichtraucherschutz dürfen die zuständigen Einigungsstellen zwar festlegen, wo auf dem Betriebsgelände noch geraucht werden darf. Ihre Kompetenzen sind aber überschritten, wenn es um die Vergütung solcher Pausen geht.

LAG Schleswig-Holstein, Az.: 10 Sa 1684/06

Vorsicht, Betrunkene

Betriebsfeier ■ Ein Arbeitgeber haftet nicht für den tödlichen Unfall eines betrunkenen Mitarbeiters während einer Betriebsfeier. Das hat das Hessische Oberlandesgericht (OLG) in Frankfurt/M. entschieden. Ein Mitarbeiter war während einer Betriebsfeier von einem Boot vor Malta ins Meer gefallen und ertrunken. Bei der Autopsie des Verunglückten wurde ein Blutalkoholgehalt von 2,99 Promille nachgewiesen. Da der Mann nicht auffällig geworden sei, könne dem Arbeitgeber nicht vorgeworfen werden, ihn nicht an weiterem Alkoholkonsum gehindert zu haben.

OLG Hessen, Az.: 17 U 11/07

Länderunmut

Freiwilliger Dienst ■ Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (Bundesdrucksache 16/6519) stößt beim Bundesrat auf Skepsis. In einer Stellungnahme der Länderkammer bemängelt diese vor allem, der Wegfall der bisherigen Regeldauer und der Mindestzeit eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres führe zu einer Beliebigkeit, die die Planungssicherheit der Träger gefährde und die Interessen der Einsatzstellen nicht berücksichtige.

Gut gemacht

Zahl des Monats ■ Die ver.di-Jugend Mittelhessen hat in diesem Jahr bereits 1.000 neue Mitglieder gewonnen. Laut ver.di-Jugendbildungsreferent **Marc Kappler** treten ver.di viermal so viele Jugendliche bei wie Erwachsene. Im Bereich jugendlicher Neumitglieder ist ver.di Mittelhessen bundesweit Spitzenreiter unter allen ver.di-Bezirken. Kappler führt das u.a. auf die erfolgreiche Kampagne in diesem Frühjahr zurück, mit der die Gewerkschaft bei den Uni-Kliniken in Gießen und Marburg eine Übernahmeregulation nach der Ausbildung durchsetzen konnte.

www.verdi-jugend.de

Bußgeld und Überstunden

Qualität der Arbeit: Der zweite Parlamentarische Abend der DGB-Jugend.

Da ist die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit hoch. 32 Prozent würden am liebsten gleich hinschmeißen« – zu Beginn des zweiten Parlamentarischen Abends der DGB-Jugend umriss DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf die Zufriedenheit junger Leute mit ihrer Arbeit. Etwa 80 Besucher waren gekommen – viele Abgeordnete des Bundestages und Aktive in Sachen Jugend. Susanne Kim vom DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen moderierte das Treffen am 14. November 2007 im Berliner Club Oxymoron.

Mit der Zufriedenheit, das mussten die Besucher lernen, ist es laut DGB-Ausbildungsreport 2007 nicht weit her – die Qualität der Ausbildung ist vielerorts auf den Hund gekommen.



Parlamentarischer Abend unterm DGB-Jugend-Logo: IG BCE-Bundesjugendsekretärin Katy Hübner (l.) und Andrea Nahles.

Exemplarisch dafür steht die Gastrobranche, wie der Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft NGG, Gerd-Joachim Langecker, ausführte: In manchen Ausbildungsverträgen würden bis zu 20 Stunden unentgeltlich diktiert. Weihnachtsgeld? Wenn's die Konjunktur erlaubt. Berufsschule? Im ersten Lehrjahr gestrichen. Langecker: »Manche Arbeitgeber schreiben sogar Bußgelder für Fehlverhalten fest, Begründung: »Klappt doch auch im Straßenverkehr!«

Wenn er diese Fälle bei den Kammern anmahne, die eigentlich die Ausbildungsqualität garantiert, erhalte er zur Antwort: »Bußgeld? Na, das ist doch mal 'ne tolle Idee.«

Wage es ein Azubi, das Fehlverhalten eines Ausbilders anzuzeigen, könne es passieren, dass die zuständigen Mitarbeiter bei den Kammern den Arbeitgeber umgehend darüber informieren. Langecker: »Dann wird dem Azubi klargemacht: »Wenn du zur NGG gehst, wirst du hier nichts mehr.«

SPD, Die Linke und die Gewerkschaften müssten in Sachen Jugendarbeitsschutz unbedingt gemeinsam agieren, sagte der Jugendgewerkschafter.

Wer überhaupt eine Ausbildungsstelle habe, ergänzte Rudolf, könne sich schon glücklich schätzen. Schlimm sehe es bei den Altbewerbern aus, die seit Jahren in Warteschleifen hängen. Denen werde attestiert,

sie seien nicht ausbildungsreif. Damit werde ihnen der Schwarze Peter zugeschoben und die Unternehmen könnten sich per Assessment Center aufs Rosinen picken verlegen. So vernachlässigten die Unternehmen ihren gesellschaftlichen Auftrag.

DGB-Jugend-Referentin Silvia Helbig klärte über den massenweisen Missbrauch von Praktika in und nach dem Studium auf und erläuterte die aus Sicht der DGB-Jugend dringende gesetzliche Regelung des Praktikanten-Status: »Jede Dönerbude kann sich je-

mand für 200 Euro holen, den sechs Monate schufteten lassen und sagen: »Der macht ein Praktikum.«

Auf die Tour würden reguläre Arbeitsplätze vernichtet.

»Ihr rennt bei uns offene Türen ein«, meldete sich SPD-Vize Andrea Nahles zu Wort. Dies alles seien klassische Formen reiner Ausbeutung. Da strebe die SPD gesetzliche Regelungen an.

Dabei kehrte Nahles gleich vor der eigenen Haustür. Denn die DGB-Jugend hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Praktika in Bundesinstitutionen und Parteien auch nicht unbedingt koscher sind, vor allem, was die Bezahlung angeht – das gehe bisher eher nach Prinzip Lust und Laune.

»Die ganze SPD-Bundestagsfraktion gibt sich jetzt Regeln«, konnte Nahles berichten.

Nele Hirsch von der Linkspartei war der Meinung, dass das Thema im Bundestag verschleppt werde. »Da heißt es dann immer, wir müssen noch eine Studie abwarten. Ich finde, die Zahlen liegen auf dem Tisch.«

Paula Riester, Sprecherin der Grünen-Jugend, sagte, dass gerechtere Entlohnung nun auch in ihrer Partei ein Thema sei: »Momentan sieht es so aus, dass auch die Grünen klar für einen Mindestlohn stehen.«

Rosig sehe es derzeit nicht aus, machte Nahles klar. »Die Tarifbindung bricht uns weg, die Unternehmer hauen aus dem Arbeitgeberverband ab.«

Das Modell Westdeutschland funktioniert nicht mehr. »Wenn einer einen guten Judogriff in Sachen Ausbildungsqualität hat: Her damit.« [S](#)

RTL-BERICHTERSTATTUNG

Danke, Fernsehen!

Damit hätte die DGB-Jugend auch nicht gerechnet – dass Arbeitsminister Müntefering (SPD) einen Tag vor dem Parlamentarischen Abend zurücktritt. Den Vorlauf eines solchen Treffens, bei dem Abgeordnete einmal im Jahr über die Arbeit der gewerkschaftlichen Jugendorganisationen informiert werden sollen, können wir hier über den Daumen mit zwei Monaten veranschlagen.

Dem »RTL-Nachtjournal«, mit einem Kamera-Team vor Ort, war das nicht so wichtig: »Die SPD bläst zum Kampf, jetzt da der Verbindungsmann in der großen Koalition fehlt« – so beginnt der Bericht des Magazins am späten Abend des 14. Novembers 2007. »Peter Schumann über den Tag nach dem Müntefering-Rücktritt – und was die SPD damit anfängt.«

Besagter Reporter fährt dann fort: »Die Hackeschen Höfe – hier im Szeneviertel mitten in Berlin treffen sich am Abend eins nach Müntefering die jungen Linken in einer schicken Hinterhofkneipe. Auf Einladung der DGB-Jugend diskutiert der Polit-Nachwuchs darüber, was von Münze übrigbleibt und was nun aus dem Mindestlohn wird...«

»Viel Ehre«, kommentiert Dirk Neumann von der DGB-Jugend. »Es ist schön zu sehen, dass uns die Medien offensichtlich zutrauen, die Probleme der SPD zu lösen.«

Wir meinen: Gut so, RTL. Die DGB-Jugend wird immer wichtiger. [S](#)



Solidaritätspraktikant auf der Regierungsbank: Vladimír Spidla



Stephen Hughes mit Generation P-Aktiven

Fotos: Michael Contes

Weißer Masken über Brüssel

Im November 2007 hat das Netzwerk Generation P vor dem EU-Parlament den Startschuss für eine europaweite Praktika-Petition vorgestellt.

Fazit: Unterzeichnen – und zwar jetzt.

Von **Frauke Austermann**

Weißmaskierte junge Leute waren im Brüsseler Europa-Parlament (EP) an diesem 21. November überall zu sehen: Bei der morgendlichen Sitzung des Ausschusses für Beschäftigung belagerten sie schon den Sitzungssaal und warben für den Grund ihres Auftretens: eine Konferenz zum Thema »Praktika als Form prekärer Beschäftigung in Europa«. Hauptziel der Konferenz: die Veröffentlichung der Petition des europäischen Praktikanten-Netzwerkes Generation P, das von der DGB-Jugend, Fairwork e.V. und der französischen Génération Précaire 2006 ins Leben gerufen wurde – mittlerweile hat Generation P sechs Mitgliedsorganisationen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Belgien.

In der Petition fordert Generation P faire Rahmenbedingungen für Praktika und einen besseren Berufseinstieg von jungen Europäern.

Stephen Hughes, Mitglied des Europaparlaments, war der erste, der auf der Konferenz zu Wort kam. »Die Ausbeutung von Praktikanten, die europaweit immer mehr zunimmt, ist absolut inakzeptabel.«

Besonders kritisierte er, dass das EP selbst für unbezahlte Praktika wirbt: »Dieser Zustand muss schnellstmöglich beseitigt werden. Die EU muss ein vorbildlicher Arbeitgeber sein – auch in Sachen Praktikum.«

Hughes lobte die Petition als »exzellentes Papier« und rief zur Unterschrift auf.

Philip Pike von der Praktikantenorganisation des EP betonte, dass Praktika weithin als Schlüssel zum Erfolg gelten würden, die

Realität jedoch zeige, dass sie viel zu oft schlichtweg unbezahlte Arbeit seien: »Außerdem können es sich lediglich ›Kinder reicher Eltern‹ leisten, insbesondere prestigeträchtige Praktika z.B. in internationalen Organisationen zu absolvieren, da sie nicht nur unter- bzw. unbezahlt sind, sondern der Praktikant auch für Unterkunft, Reisekosten etc. selbst aufkommen muss. Dies steht im krassen Gegensatz zur Chancengleichheit, die sich die EU auf die Fahnen geschrieben hat.«

Anna Schopf von der österreichischen Plattform Generation Praktikum gab danach einen Überblick über den Forschungsstand. »Wir fordern, dass die EU Praktika endlich als statistische Größe einführt – wir brauchen verlässliche und umfassende Daten.«

Nach der Vorstellung des Petitionstextes folgte die Podiumsdiskussion. EU-Kommissar Vladimír Spidla, zuständig für Arbeit und Soziales, begrüßte die Kampagne – und testete auch gleich mal, wie ihm die weiße Maske steht. Nachdem er die an- bzw. ausprobiert hatte, betonte er vor allem den pädagogischen Mehrwert von Praktika in Verbindung mit einem entsprechenden Studieneinfach – und sprach sich für ein Minimum an sozialer Absicherung aus. Bei Schein-Praktika handele es sich um ein »wahrhaft europäisches Problem«. Er gab aber zu bedenken: »Der Erfolg der Kampagne hängt vom Willen der EU-Mitgliedsstaaten ab.«

Zum Beispiel, wenn's um den Mindestlohn für Praktika geht – da habe die EU nur ganz begrenzte Kompetenz in Sachen Gesetzgebung.

Allerdings: Damit sich die EU-Oberen um das leidige Thema nicht herumdrücken und guten Gewissens die Petition unterzeichnen können, hatte Generation P schon im Vorfeld Vorkehrungen getroffen – und fordert im Petitionstext »einen Mindestlohn

nach nationalen Standards«. Somit hat man bei der EU immerhin die Möglichkeit, Druck auf die Mitgliedsstaaten auszuüben, um Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Der Chef des Europäischen Gewerkschaftsbundes, John Monks, begrüßte denn auch die Arbeit von Generation P als erfolgreichen Organising-Ansatz von Praktikanten europaweit und riet dem Netzwerk zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – wie es sie in Deutschland schon gibt.

Conny Reuter, Vorsitzender der NGO Solidar, verwies auf die Möglichkeit von Tarifverhandlungen bezüglich Praktika. Er bestätigte, dass es unzureichend sei, wenn ein Praktikum gute Arbeitserfahrungen biete, aber nicht bezahlt werde.

Florian Lamp von Fairwork e.V. stimmte dem zu – und berichtete von seinen eigenen Erfahrungen: »Eines meiner Praktika war mit 400 Euro vergütet – damit gehörte ich zu den ›reichen‹ Praktikanten.«

Miete bezahlen, geschweige denn den Lebensunterhalt zu bestreiten – das sei nicht drin gewesen. Da waren dann wieder Mama und Papa gefragt.

Ania Skrzypek, Vorsitzende der Vereinigung junger Sozialisten in Europa, ECOSY, gab zu bedenken, dass junge Leute Praktika benutzten, um »überhaupt eine Aufgabe zu haben« – Klartext: um der Arbeitslosigkeit zu entgehen.

Von Chancengleichheit kann bei Praktika also keine Rede sein. »Bildung soll umsonst und zugänglich für alle sein«, forderte die Aktivistin. Und: »Praktika sind Teil der Ausbildung, und da sie oft große Unkosten mit sich bringen, ist es mehr als gerecht, wenn sie entlohnt werden.«

Das passende Schlusswort lieferte Skrzypek gleich mit: »Viele Praktikanten haben Angst, sich zu wehren. Es ist an der Zeit, dass sie arbeitsrechtlich geschützt werden.« ⁵

Die Petition kann ab sofort unterzeichnet werden auf: <http://generation-p.dgbj.org>

»Die Ausbeutung von Praktikanten, die europaweit immer mehr zunimmt...«

...ist absolut inakzeptabel.«

Stephen Hughes, Mitglied des Europaparlaments

Gute Jugend, schlechte Arbeit

Eine neue Studie der DGB-Jugend zeigt: Junge Beschäftigte sind die Labormäuse der Flexibilisierung. Das schadet der ganzen Gesellschaft.

Heulen und Zähneklappern in der deutschen Wirtschaft: Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Handelskammertages (DIHK) fehlen mindestens 400.000 qualifizierte Fachkräfte – der wirtschaftliche Schaden wird in Milliarden veranschlagt.

Der Ärger ist hausgemacht, denn über Jahre haben die Betriebe viel zu wenig ausgebildet. Darauf machen die Gewerkschaften seit Langem aufmerksam. Politik und Wirtschaft haben sich nicht dafür interessiert – die Gewerkschaften, so wurde lapidar vermerkt, verträten ja immer nur die Perspektive der Betroffenen.

Dass Wirtschaft und Berufsanfänger aber durchaus gleiche Interessen haben, zeigt jetzt eine von der DGB-Jugend herausgegebene Sonderauswertung des »Index Gute Arbeit«: In einer breit angelegten Befragung von jungen Beschäftigten wurde ermittelt,

INDEX GUTE ARBEIT

Blickpunkt Jugend

Gute Arbeitsbedingungen sind ein Garant dafür, dass Menschen vielfältige Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln können, dass sie Wertschätzung und Anerkennung erhalten und – in der Zusammenarbeit mit anderen – wichtige soziale Beziehungen aufbauen können.

Vor diesem Hintergrund haben die DGB-Gewerkschaften 2007 begonnen, eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Arbeitsbedingungen aus Sicht der Beschäftigten in Deutschland aufzubauen.

In einer Sonderauswertung wird der Blick auf die Situation von jungen Beschäftigten bis zum Alter von 30 Jahren gelenkt: Was charakterisiert Gute Arbeit aus Sicht von Berufsanfängern? Was berichtet diese Gruppe über Ihre Arbeitsbedingungen – und wie zufrieden sind sie mit ihrer Arbeitssituation?

Dafür wurden über 1.000 Beschäftigte unter 30 – ohne Auszubildende – und als Vergleichsgruppe über 5.000 über 30-Jährige nach ihrer Arbeits- und Einkommenszufriedenheit befragt. [5]

Tatjana Fuchs: DGB-Index Gute Arbeit. Arbeitsqualität aus Sicht von jungen Beschäftigten. Im Download: www.dgb.jugend.de

wie junge Leute ihre Arbeit sehen, welche Stellung sie auf dem Arbeitsmarkt einnehmen und wie zufrieden sie damit sind.

Das Ergebnis können sich Arbeitgeber und Politiker hinter die Ohren schreiben – und zwar in Großbuchstaben: Unternehmensbindung Fehlanzeige.

Das kann sich keine Volkswirtschaft auf Dauer leisten. Als »alarmierend« bezeichnet die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock daher die Ergebnisse der Studie, die sie am 28. November 2007 in Berlin vorstellte. Denn: »Ausgerechnet die jüngere Generation zählt zu den Verlierern auf dem Arbeitsmarkt« – weil sie überdurchschnittlich häufig von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen ist.

Manche sehen in Flexibilität und Mobilität dann kein Problem mehr: 2006 sind 55.000 gut qualifizierte Arbeitskräfte unter 32 Jahren an einen neuen Arbeitsort verzogen – ins Ausland. Das ist die höchste Auswanderquote seit 1954.

Gerade Jüngere brauchen eine Arbeit, die Planbarkeit gewährleistet, und ein Einkommen, mit dem sie ihr Auskommen haben. Jessica Heyser von der DGB-Jugend: »Jugend braucht Perspektive. Ansonsten wird die Zukunft verschleudert.«

In Zahlen: Nur elf Prozent der von der DGB-Jugend Befragten bewerten ihre Arbeitsplätze positiv. 59 Prozent attestieren ihnen Mittelmäßigkeit und 30 Prozent schlechte Qualität. Dabei mangelt es an Aufstiegschancen, Sicherheit und gerechten Löhnen.

53 Prozent der jungen Beschäftigten hatten trotz ihrer kurzen Erwerbsbiographie bereits mindestens einen befristeten Arbeitsvertrag, während es in der Vergleichsgruppe der Über-30-Jährigen »nur« 33 Prozent sind. Auch von Zeitarbeit sind Jüngere überdurchschnittlich häufig betroffen: 15 Prozent bei den Unter-30-Jährigen gegenüber acht Prozent der Älteren.

99 Prozent der Befragten ist ein ausreichendes, leistungsgerechtes Einkommen wichtig oder sehr wichtig. Doch Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander:

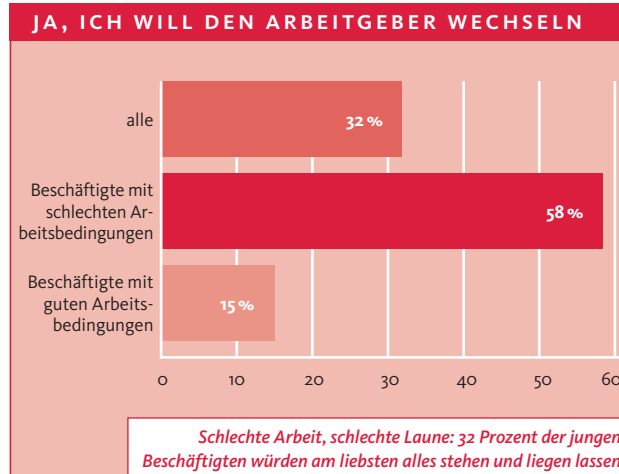
38 Prozent der jüngeren Beschäftigten erhalten ein monatliches Bruttogehalt von unter 1.500 Euro – trotz Vollzeitarbeit.

Und: 95 Prozent der unter 30-Jährigen wünschen sich Arbeitsplatzsicherheit. »Das straft all diejenigen Lügen, die uns weismachen wollen, junge Leute fänden es aufregend, wie moderne Arbeitsnomaden quer durch die Republik von Unternehmen zu Unternehmen zu ziehen«, so Sehrbrock.

Fazit: Ist die Arbeit in schlechtem Zustand, geht es auch mit der Wirtschaft über kurz oder lang bergab. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Junge Beschäftigte haben, wie ältere auch, einen Anspruch auf qualitativ hochwertige, sichere und fair bezahlte Arbeit. Sie dürfen nicht weiter die – meist unfreiwilligen – Vorreiter bei der Flexibilisierung der Arbeitswelt sein.«

Gute Arbeit – das bedeutet für die DGB-Jugend: Eindämmung der Zeitarbeit, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, die Einschränkung von Minijobs und befristeten Arbeitsverhältnissen. Und einen gesetzli-

...mit der Wirtschaft über kurz oder lang bergab.



chen Anspruch auf Übernahme, wenn im Unternehmen Arbeitskräftebedarf besteht. Ein gesetzliche Mindestlohn oberhalb von 7,50 Euro pro Stunde muss ebenso kommen wie die Gleichstellung von Männern und Frauen bei Bezahlung und Aufstiegschancen.

Aber: Es ist nicht alles schlecht. Ein positives Ergebnis der DGB-Jugend-Studie ist, dass sich 79 Prozent der Befragten vorstellen können, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Heyser: »Junge Arbeitnehmer sind weder gleichgültig noch haben sie resigniert. Sie wollen sich für ihre berufliche Zukunft einsetzen. Jetzt sind Politik und Unternehmen in der Bringschuld.« [5]

Frist-Frust – bis zur Rente?

Befristung gilt Arbeitgebern als Mittel der Wahl prekärer Beschäftigung nach der Ausbildung. Probleme und Fallstricke.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt leider immer mehr, dass das klassische unbefristete Vollzeitverhältnis ein Auslaufmodell zu sein scheint. Stattdessen nehmen »unsichere« Arbeitsverhältnisse zu (siehe Soli extra »Jung und prekär«, Herbst 2007).

Zu den prekären Beschäftigungen zählt auch die Befristung. Viele Arbeitgeber spekulieren darauf, dass die Befristeten nicht die Rechte einfordern werden, die ihnen laut Tarif- oder Arbeitsverträgen zustehen.

Befristung hat für die Arbeitgeber den Vorteil, dass sie hier keine Kündigung des Vertragsverhältnisses mehr aussprechen müssen. Rechtlich können weder Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) noch Betriebsrat die Beendigung des Arbeitsverhältnisses verhindern oder erschweren: Ein Mitbestimmungsrecht für den Betriebsrat besteht nur bei Kündigungen (vgl. § 102 Betriebsverfassungsgesetz; BetrVG).

Von daher ist es von großer Bedeutung, ob in jedem Einzelfall

eine Befristung rechtswirksam vereinbart wurde. Zur Beurteilung dieser Frage ist der Inhalt des sogenannten Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) heranzuziehen – Rechtsgrundlage ist der § 14 TzBfG. Der besagt: Die Befristung eines Arbeitsvertrages ist zulässig, wenn sie durch einen Sachgrund gerechtfertigt ist.

Ein Sachgrund besteht, wenn:

- der betriebliche Bedarf an der Arbeitsleistung nur vorübergehend besteht
- die Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium erfolgt, um den Übergang des Arbeitnehmers in eine Anschlussbeschäftigung zu erleichtern
- der Arbeitnehmer zur Vertretung eines anderen Arbeitnehmers beschäftigt wird
- die Eigenart der Arbeitsleistung die Befristung rechtfertigt
- die Befristung zur Erprobung erfolgt
- die Person des Arbeitnehmers die Befristung rechtfertigt
- der Arbeitnehmer aus Mitteln vergütet wird, die haushaltsrechtlich für eine befristete Beschäftigung bestimmt sind
- die Befristung auf einem gerichtlichen Vergleich beruht.

Erfolgt die Befristung aus einem dieser Gründe, muss es damit auch seine Richtigkeit haben. Entscheiden wird dies die Arbeitsgerichtsbarkeit. Stellt sich heraus, dass der Sachgrund nur vorgeschoben oder unzulässig war, besteht ein unbefristeter Arbeitsvertrag (vgl. § 16 TzBfG).

Beispiel: Häufig erhalten Auszubildende, die die Abschlussprüfung erfolgreich bestanden haben, im Anschluss an ihre Berufsausbildung einen befristeten Arbeitsvertrag, wobei die Arbeitgeberseite sich auf den § 14 Abs. 1 Nr. 2 TzBfG als Sachgrund stützt (Befristung im Anschluss an eine Ausbildung).

Dieser Sachgrund ermöglicht allerdings lediglich den einmaligen Abschluss eines befristeten Vertrages nach dem Ausbildungsende. So hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) 2007 entschieden (Az.: 7 AZR 795/06).

Die Folge: Nach Ablauf des befristeten Arbeitsvertrages können weitere befristete Arbeitsverträge nicht mehr auf diesen Sachgrund gestützt werden.

Vorsicht: Hätte der Arbeitgeber in dem vom BAG entschiedenen Fall bei Abschluss des zweiten befristeten Arbeitsvertrages einen anderen Sachgrund wie z.B. die Vertretung eines anderen Arbeitnehmers (§ 14 Abs. 1 Nr. 3 TzBfG) angegeben, wäre ein zweiter befristeter Vertrag rechtswirksam gewesen. Das heißt, dass ein Arbeitgeber quasi bis zum Renteneintritt des Arbeitnehmers immer wieder befristete Arbeitsverträge abschließen kann, sofern ein entsprechender Sachgrund vorliegt.

Hinweis: Eine Befristung ist nach dem Gesetz (vgl. § 14 Abs. 2 TzBfG) aber auch ohne Vorliegen eines Sachgrundes zumindest bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig. Innerhalb dieses Zweijahreszeitraums kann der befristete Vertrag maximal dreimal verlängert werden.

Allerdings ist die sachgrundlose Befristung nicht zulässig, wenn mit dem selben Arbeitgeber bereits zuvor ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat. Dabei ist nach der Rechtsprechung der zwischen den beiden Vertrags-

verhältnissen liegende Zeitraum sowie die Ausgestaltung des damaligen Arbeitsverhältnisses (Voll-/Teilzeit bzw. auch geringfügig beschäftigt) ohne Bedeutung.



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-
Dieter Rudolph, Berlin

Beispiel: Ein Maschinenbauingenieur wird sachgrundlos befristet von einem Betrieb eingestellt. Hat der Ingenieur vor 15 Jahren einmal in diesem Betrieb in den Semesterferien als Aushilfe am Band gearbeitet, hat die damalige Aushilfsbeschäftigung zur Folge, dass der

Ingenieur nun einen unbefristeten Arbeitsvertrag hat.

Aus diesem Grunde wird auch bei Einstellungsgesprächen die Frage für zulässig gehalten, ob der Stellenbewerber/-in schon einmal in diesem Betrieb beschäftigt war.

Für Arbeitgeber existieren noch weitere Fallstricke, die im Einzelfall befristet beschäftigten Kollegen helfen können, einen unbefristeten Vertrag zu erhalten. In seiner Grundsatzentscheidung vom 1. Dezember 2004 (Az: 7 AZR 198/04) hat das BAG klargestellt, dass die Befristung eines Arbeitsverhältnisses nur dann rechtswirksam ist, wenn sie vor Vertragsbeginn schriftlich niedergelegt wurde.

Beispiel: Azubine Melanie Müller besteht am 15. Januar 2008 ihre Abschlussprüfung. Anfang Januar hat ihr Arbeitgeber mündlich zugesagt, dass sie nach Bestehen der Abschlussprüfung ab dem 16. Januar 2008 entsprechend ihrer

Ausbildung als Bürokauffrau befristet für sechs Monate zur Elternzeitvertretung beschäftigt werden soll. Melanie nimmt am 16. Januar ihre Arbeit auf und erhält am 30. Januar 2008 einen entsprechenden Vertrag. In diesem Fall besteht ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Vorsicht Falle: Arbeitnehmer, die meinen, dass die Befristung nicht rechtens ist, haben genau wie bei einer Kündigung nur drei Wochen nach dem vereinbarten Ende des befristeten Vertrages Zeit, das Arbeitsgericht einzuschalten (§ 17 TzBfG).

JAV und Betriebsräte haben die Möglichkeit, befristet Beschäftigte auf ihre Rechte hinzuweisen. Liegt eine rechtswirksame Befristung vor, können auch Gespräche am berühmten »Runden Tisch« helfen, dass eine Entfristung ohne Einschaltung der Arbeitsgerichte erfolgt. [5](#)

Das Programm steht

In Deutschland undenkbar, in Österreich Realität: eine Ausbildungsgarantie. Doch so ganz zufrieden ist die Gewerkschaftsjugend noch nicht.

Das Herzstück der österreichischen Ausbildungsgarantie ist es, den bisherigen provisorischen Maßnahmen im Auffangnetz durch verbesserte Angebote echten Ausbildungscharakter samt Abschluss zu geben. Bis 2009/2010 sollen insgesamt 44.500 Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, mit denen die Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr in die Tat umgesetzt werden soll.

Zielgruppe sind Jugendliche, die keinen Schul- oder Lehrplatz gefunden haben, sozial benachteiligt oder lernschwach sind, oder Jugendliche in Lehrberufen mit Fachkräftemangel und nicht ausreichendem Lehrstellenangebot. Wer keine Lehrstelle findet, weicht auf Schulen oder überbetriebliche Ausbildungsstätten aus.

Florian Zuckerstätter, Bundesjugendsekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), sieht den Pakt »erstmal positiv: Die Ausbildungsgarantie ist ei-

nes unserer politischen Ziele – und eine der positiven Seiten des Jugendpaketes der neuen Regierung«.

Die Gefahr einer Verschulung und Verstaatlichung der Ausbildung sei indes nicht ganz von der Hand zu weisen. Natürlich sei die Ausbildung in einer Fachschule theoretischer. »Aber da sagen wir: Besser eine gute Schule als eine schlechte Ausbildung«, so der Jugendgewerkschafter.

Dass es an der Qualität oftmals hapert, zeigt die Zahl der Ausbildungsabbrüche. 20 bis 30 Prozent der Verträge werden vorzeitig gelöst. Zuckerstätter: »Das ist nie positiv, aber nun gibt es ein dezidiertes Recht auf Ausbildung.« Die Kündigung falle mit einer Ausbildungsgarantie nicht mehr so stark ins Gewicht.

Ganz zufrieden sind die österreichischen Gewerkschafter aber noch nicht mit dem Tempo der Umsetzung. Zuckerstätter: »Das Programm steht. Uns fehlt nur noch das Okay. Wir vermissen den Willen in der Politik, das Sozialpartnerpapier auch umzusetzen.«

Eine Baustelle ist auch die »Schuldenfalle Internat«. Denn es gibt Lehrlinge, die

sich eine Lehre kaum leisten können, obwohl sie ihren Lohn Monat für Monat ausbezahlt bekommen. Der Grund: Die Kosten für das Berufsschulinternat fressen das gesamte Einkommen auf. Hier werden die Lehrlinge bestraft, für die es keine Berufsschule am Wohnort gibt und die daher im Berufsschulinternat übernachten müssen.

Alleine in Oberösterreich sind es laut ÖGB rund 10.000 Lehrlinge, die so während der Berufsschulzeit um ihre Entlohnung gebracht werden. Lediglich für rund zehn Prozent der derzeit etwa 126.000 Azubis regelt ein Kollektivvertrag, dass der Betrieb die Internatskosten zu tragen hat.

Auch die Fahrtkostenbeihilfe ist eine Ungerechtigkeit: Denn während die Lehrlinge, die eine lehrgangsorientierte Berufsschule besuchen müssen, eben nur eine Beihilfe bekommen, heißt es für ihre Kolleginnen und Kollegen

in Tagesberufsschulen »Freie Fahrt« vom Wohnort zur Schule und zurück.

Die ÖGB-Jugend hat daher ihre Kampagne »Abgezockt und ausgesaugt« gestartet. »Wir wollen festschreiben«, sagt Zuckerstätter, »dass die Arbeitgeber 100 Prozent dieser Kosten übernehmen.« ^[5]

Infos: www.oegb.at

»Verstaatlichung? Besser eine gute Schule...«

...als eine schlechte Ausbildung.« Florian Zuckerstätter

EUROPÄISCHES SOZIALFORUM

Solidarität leben

Die DGB-Jugend ruft zur Teilnahme am Europäischen Sozialforum in Malmö auf. Von Sören Becker

Europa ist in Bewegung. Nicht nur Waren und Kapital strömen von Land zu Land – sondern auch Menschen, um ihrem Unbehagen mit der neoliberalen Grundstimmung in der EU Ausdruck zu verleihen. Sie stoßen sich an sozialer Ungerechtigkeit, dem Rückbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen Leistungen, an Umweltzerstörung und der militärischen Neuausrichtung in Europa.

Diese soziale Bewegung ist ein Bündnis von vielen Aktiven: aus der globalisierungskritischen Bewegung, der Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung – und natürlich auch aus den Gewerkschaften. Sie organisieren Diskussionen und Demonstrationen und vernetzen sich auf staatlicher Ebene.

Doch das allein reicht nicht. Deshalb haben sich die Europäischen Sozialforen entwickelt. Zum ersten Mal kamen ungefähr 40.000 Menschen im Jahr 2002 in Florenz zusammen, 2003 kamen 50.000 Menschen nach Paris. Die nächs-

ten Sozialforen fanden 2004 in London und 2006 in Athen statt. Und nächstes Jahr? Vom 17. bis 21. September 2008 wird das fünfte Europäische Sozialforum (ESF) im schwedischen Malmö stattfinden.

Europa: demokratisch und sozial

Das ESF steht im Schatten der Planungen zu einem neuen EU-Verfassungsvertrag, der nicht demokratisch von den Menschen in Europa abgestimmt werden soll. Die Frage nach demokratischer Teilhabe berührt auch die der sozialen Gerechtigkeit.

In Malmö wird es darum gehen, die vielen Ideen und Ansätze unter einem Dach zusammenzufassen, ohne dass das Haus seine Bunttheit verliert. Es geht um den Austausch von Strategien in verschiedenen Workshops und darum, die Ideen auch auf die Straße zu tragen. So lautet das Motto ESF: »Ein anderes Europa fängt hier an – von Strategien zu Aktionen«.

DGB Jugend: mit dabei

Auch die DGB-Jugend mobilisiert zum ESF. In ihrem Arbeitskreis Internationales laufen seit Sommer des Jahres 2007 intensive Diskussionen zur Vorbereitung. Die Fahrt nach Malmö

wird eingebettet sein in ein spannendes Seminarprogramm: So findet Anfang August 2008 ein Seminar zu Videoaktivismus in Hattingen statt.

Hier sollen die Techniken erlernt werden, das Geschehen in Malmö in Bildern, die die Welt verändern, festzuhalten. Vom 29. bis 31. August 2008 findet unter der Überschrift »Aktiv für ein soziales Europa« ein internationaler Vernetzungsworkshop ebenfalls in Hattingen statt. Direkt vor dem ESF plant die IG Metall-Jugend einen europäischen Jugendkongress in Malmö. Die Nachbereitung wird im Oktober 2008 während der Herbstakademie in Flecken-Zechlin stattfinden.

Auf nach Malmö!

Gewerkschaften sind Teil der europäischen sozialen Bewegung. Unsere Forderungen nach Gerechtigkeit am Arbeitsplatz sind mit der Forderung nach einem sozialen Europa eng verbunden. Kommt mit nach Malmö und diskutiert und demonstriert mit Menschen aus ganz Europa – lasst uns Solidarität leben. ^[5]

Sören Becker ist Mitglied im Arbeitskreis Internationales der DGB-Jugend.



WEBTIPP DES MONATS

Die Suche nach aktuellen Meldungen von Jugendverbänden und Jugendringen hat ein Ende: Mit dem Nachrichtenportal des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) gibt es jetzt eine zentrale Adresse, mit der man sich einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der Jugendverbandsarbeit verschaffen kann.

Das Nachrichtenportal stellt insgesamt vier Nachrichtenkategorien zur Verfügung, die über RSS-Feed ganz einfach abonniert werden können. Dabei ist diese Abonnementfunktion individuell konfigurierbar und natürlich kostenlos.

Zusätzlich kann jeder einen Newsletter nach den eigenen Bedürfnissen einrichten.

www.news.dbjr.de

+ Das Labournet hat Geldsorgen.

«Seit zwei Jahren fehlen uns mehrere tausend Euro, was unsere Arbeit extrem erschwert«, schreiben die Online-Redakteure des unabhängigen Gewerkschaftsportals, unter dessen Dach auch viele Betriebsgruppen ihre Homepage betreiben. Das Labournet sucht dringend Mitstreiter, die Fördermitglieder werden möchten: »Eine Fördermitgliedschaft gibt es schon ab 5,50 Euro pro Monat... Knapp über zwei Bier, knapp über eine Schachtel Zigaretten, ein Bruchteil eines Zeitungsabos eines kommerziellen Konzerns!«

www.labournet.de

+ »Seid ihr bescheuert? National ist keiner von uns.

Wir sind in der Gewerkschaft IG BAU!« Wann hat man im Kino zuletzt einen solchen Satz gehört? Er stammt von Festus (gespielt von dem Rapper Ferris MC), einem fahrenden Handwerker in dem Film »Für den unbekanntesten Hund« der Gebrüder Reding. Die Filmregisseure (»Oi! Warning«) haben den wandernden Gesellen, die alle gewerkschaftlich organisiert sind, ein Denkmal gesetzt.



»Für den unbekanntesten Hund«. D 2007. R: Dominik und Benjamin Reding. Seit 6. Dezember im Kino.

+ Seminar des DGB-Bildungswerkes: Vor über einem Jahr wurden die Europäischen Richtlinien zur Antidiskriminierungsarbeit mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz umgesetzt. Ein Seminar des DGB-Bildungswerkes soll Gewerkschaften und NGOs helfen, Antidiskriminierungsarbeit in ihre Organisation einzubinden.

21. und 22. Februar 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Infos: DGB-Bildungswerk, Tel. 0211 / 430 11 98, E-Mail: michaela.daelken@dgb-bildungswerk.de, www.migration-online.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,
Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166,
E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

SEMINARE

Sprechen Sie jetzt: In der gewerkschaftlichen Arbeit spricht man häufig vor Publikum. In solchen Situationen hängt die Wirkung nicht nur vom Inhalt, sondern auch von der Körpersprache, der Betonung und anderen Faktoren ab. In diesem Seminar geht es darum, wie man eine Rede am besten vorbereitet und strukturiert, wie man Lampenfieber in den Griff bekommt, wenn man vor einer Gruppe steht – und wie man mit Störungen und Zwischenrufen umgeht!

8. bis 10. Februar 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode RHE 608268708

Anti-Bias: Das englische Wort »bias« bedeutet: Voreingenommenheit, Schiefelage oder Vorurteil. Der Anti-Bias-Ansatz wurde in den USA konzipiert und in Südafrika weiterentwickelt. Sein Ziel: eine Auseinandersetzung mit Diskriminierung zu ermöglichen. Dieser Ansatz nimmt die Verzahnung verschiedener Dimensionen von Diskriminierung (z.B. Rassismus und Sexismus) in den Blick. Das Seminar wird von TeamerInnen der Anti-Bias-Werkstatt (www.anti-bias-werkstatt.de) geleitet.

22. bis 24. Februar 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode ABI 608268704
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	